Artikel: Nord-Irland. Minderheitenkonflikt mitten in Europa.
Manuskript-Vorlage mit Digitalisat der Printveröffentlichung

Autor: Alexander-Martin Sardina

Veröffentlichung: Printausgabe in »treffpunkt.europa«
(auf Seite 22: Rubrik Europaspiegel)
Memorial 2003 / Ausgabe Januar 2003
JEF Deutschland (Hrsg.), Berlin

Netzpublikation auf www.jef-hamburg.de
(Erstveröffentlichung Februar 2003)

www.sardina.de
(Erstveröffentlichung Februar 2003)

Manuskript:

Zusammen in einem Wagen fahren die Polit-Attachés der irischen Botschaft, Dr. Seán Ó Riain, und sein britischer Kollege, Nick Alexander, zum JEF-Hamburg-Seminar über den Nord-Irland-Konflikt. Doch was im Kleinen möglich ist, funktioniert deswegen im Großen noch lange nicht: Trotz vielfältiger jahrelanger Bemühungen und hoher Ausgaben ist der Nord-Irland-Konflikt immer noch ein blutiges Beispiel ungelöster Minderheiten-Konflikte in der EU.

Nord-Irland ist etwa so groß wie Schleswig-Holstein, hat aber nur 1,5 Millionen Einwohner, von denen ca. 50% Protestanten und 40% Katholiken sind, wobei man eine gewisse katholische Dominanz flächendeckend in ganz Irland findet, da es relativ viele Katholiken in Nord-Irland, jedoch nur vereinzelt Protestanten in der Republik Irland (hauptsächlich ursprünglich aus England kommend) gibt. Nord-Irland bedeutet für Großbritannien keinen strategischen oder gar ökonomischen Gewinn, nicht zuletzt wegen der hohen jährlichen Militärausgaben zur Sicherung oder zumindest temporären Befriedung. Fragt man beispielsweise die Bevölkerung fernab in den British Midlands nach Nord-Irland, so stößt man regelmäßig nur auf Unverständnis, warum so hohe Summen zur Abkommandierung britischen Militärs in eine ungeliebte Krisenregion fließen, während der Rest des Vereinigten Königreichs beispielsweise mit einer Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, die im Januar 1996 die Rekordmarke von 8,9% erreichte.

Das vielbeschworene Karfreitags-Abkommen vom 10. April 1998 änderte die Situation in der Realität bis jetzt leider nur wenig. Darin wird zwar festgelegt, daß z.B. die Staatsangehörigkeitsfrage einvernehmlich bilateral geregelt werden würde (Recht auf Identität), sofern die Bevölkerung für eine Vereinigung votieren würde (de facto haben alle Nord-Iren schon jetzt die Möglichkeit, gleichzeitig beide Pässe zu bekommen). Auch die Frage der Entwaffnung der paramilitärischen Gruppen bzw. des Rückzugs der britischen Streitkräfte wird in dem knapp 60 Seiten umfassenden, aber doch wenig konkreten Dokument angesprochen. Und die Grenzen laufen weiterhin unverändert vor allem durch die Arbeiterviertel Ost-Belfasts.

Der Nord-Irland-Konflikt ist in Wahrheit aber vielmehr ein Konflikt zwischen Arm und Reich als zwischen katholisch und protestantisch; Religionsunterschiede mögen dereinst der Anlaß für den Konflikt gewesen sein, doch selbst in Nord-Irland führt man zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine reinen Glaubenskriege mehr. Hinzu kommen weitere Probleme wie verstärkte Aktionen der Organisierten Kriminalität, ein geteiltes Schulsystem (nur 10% gemischte Schulen, staatliche Schulen sind rein protestantisch, einzelne katholische Schulen gibt es als Pri-

vatschulen) und – zumindest in Belfast – nach jahrelanger massiver Polizei- und Militärpräsenz der Briten das Gefühl, Besetzte im eigenen Land zu sein. Der Hoffnungsfunke: Auf diplomatischer Ebene werden kontinuierlich freundschaftliche bilaterale Gespräche geführt. Die Kernfrage hingegen bleibt, wie man den Widerspruch ehrlicher Bemühungen um Frieden auf Regierungsebene mit dem Haß auf die Ungleichheit in der Bevölkerung in Einklang bringen kann. Sicherlich nicht durch das strikt getrennte Schulsystem.

Die Deutsche Einheit von 1990 ist vielen Menschen in Nord-Irland immer noch ein Vorbild; die Hoffnungen wurden aber gerade letzstens wieder gedämpft, als Tony Blair bei einer Rede im Kreml in Moskau deutlich machte, daß der britische Einfluß in Nord-Irland nicht aufgegeben werden würde. Da also ein vereintes Irland nicht in Sicht ist, ist es dringend an der Zeit, einen modus vivendi für ein gewaltfreies Zusammenleben zu finden. Ein kritisches Wort sei in diesem Zusammenhang aber auch an die Medien gerichtet, bei denen das Thema "Nord-Irland" kaum noch Erwähnung findet. Eine vertane Chance, wenn man berücksichtigt, wie positiv sich die umfassende Berichterstattung über den Palästina-Konflikt im Laufe der Zeit letztlich doch auf den Nahost-Konflikt trotz erneuter aktueller Spannungen ausgewirkt hat.

Der Nord-Irland-Konflikt ist ein zutiefst europäischer Konflikt, der allein deswegen schon alle Europäer etwas angeht. Doch die EU scheint sich dafür kaum zu interessieren und sich stattdessen mit der Formel der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten lästige Sorgen fernhalten zu wollen. Recherchiert man auf dem Server der EU nach den einschlägigen Stichworten, so finden sich nur Berichte über Subventionszahlungen – politische Aussagen zum innereuropäischen Nord-Irland-Konflikt trifft die EU dagegen offenbar keine, obwohl dies dringend geboten wäre, bevor man große Ziele wie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anstrebt.

Nord-Irland

Minderheitenkonflikt mitten in Europa

Alexander-Martin Sardina

Zusammen in einem Wagen fahren die Polit-Attachés der irischen Botschaft, Dr. Seán Ó Riain, und sein britischer Kollege, Nick Alexander, zum JEF-Hamburg-Seminar über den Nord-Irland-Konflikt. Doch was im Kleinen möglich ist, funktioniert deswegen im Großen noch lange nicht: Trotz vielfältiger jahrelanger Bemühungen und hoher Ausgaben ist der Nord-Irland-Konflikt immer noch ein blutiges Beispiel ungelöster Minderheiten-Konflikte in der EU.

Nord-Irland ist etwa so groß wie Schleswig-Holstein, hat aber nur 1,5 Millionen Einwohner, von denen ca. 50% Protestanten und 40% Katholiken sind, wobei man eine gewisse katholische Dominanz flächendeckend in ganz Irland findet, da es relativ viele Katholiken in Nord-Irland, jedoch nur vereinzelt Protestanten in der Republik Irland (hauptsächlich ursprünglich aus England kommend) gibt. Nord-Irland bedeutet für Großbritannien keinen strategischen oder gar ökonomischen Gewinn, nicht zuletzt wegen der hohen jährlichen Militärausgaben zur Sicherung oder zumindest temporären Befriedung. Fragt man beispielsweise die Bevölkerung fernab in den British Midlands nach Nord-Irland, so stößt man regelmäßig nur auf Unverständnis, warum so hohe Summen zur Abkommandierung britischen Militärs in eine ungeliebte Krisenregion fließen, während der Rest des Vereinigten Königreichs beispielsweise mit einer Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, die im Januar 1996 die Rekordmarke von 8,9% erreichte.

Das vielbeschworene Karfreitags-Abkommen vom 10. April 1998 änderte die Situation in der Realität bis jetzt leider nur wenig. Darin wird zwar festgelegt, daß z.B. die Staatsangehörigkeitsfrage einvernehmlich bilateral geregelt werden würde (Recht auf Identität), sofern die Bevölkerung für eine Vereinigung votieren würde (de facto haben alle Nord-Iren schon jetzt die Möglichkeit, gleichzeitig beide Pässe zu bekommen). Auch die Frage der Entwaffnung der paramilitärischen Gruppen bzw. des Rückzugs der britischen Streitkräfte wird in dem knapp 60 Seiten umfassenden, aber doch wenig konkreten Dokument angesprochen. Und die Grenzen laufen weiterhin unverändert vor allem durch die Arbeiterviertel Ost-Belfasts.

Der Nord-Irland-Konflikt ist in Wahrheit aber vielmehr ein Konflikt zwischen Arm und Reich als zwischen katholisch und protestantisch; Religionsunterschiede mögen dereinst der Anlaß für den Konflikt gewesen sein, doch selbst in Nord-Irland führt man zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine reinen Glaubenskriege mehr. Hinzu kommen weitere Probleme wie verstärkte Aktionen der Organisierten Kriminalität, ein geteiltes Schulsystem (nur 10% gemischte Schulen, staatliche Schulen sind rein protestantisch, einzelne katholische Schulen gibt es als Privatschulen) und – zumindest in Belfast – nach jahrelanger massiver Polizei- und Militärpräsenz der Briten das Gefühl, Besetzte im eigenen Land zu sein. Der Hoffnungsfunke: Auf diplomatischer Ebene werden kontinuierlich freundschaftliche bilaterale Gespräche geführt. Die Kernfrage hingegen bleibt, wie man den Widerspruch ehrlicher Bemühungen um Frieden auf Regierungsebene mit dem Haß auf die Ungleichheit in der Bevölkerung in Einklang bringen kann. Sicherlich nicht durch das strikt getrennte Schulsystem.

Die Deutsche Einheit von 1990 ist vielen Menschen in Nord-Irland immer noch ein Vorbild; die Hoffnungen wurden aber gerade letztes wieder gedämpft, als Tony Blair bei einer Rede im Kreml in Moskau deutlich machte, daß der britische Einfluß in Nord-Irland nicht aufgegeben werden würde. Da also ein vereintes Irland nicht in Sicht ist, ist es dringend an der Zeit, einen modus vivendi für ein gewaltfreies Zusammenleben zu finden. Ein kritisches Wort sei in diesem Zusammenhang aber auch an die Medien gerichtet, bei denen das Thema „Nord-Irland“ kaum noch Erwähnung findet. Eine vertane Chance, wenn man berücksichtigt, wie positiv sich die umfassende Berichterstattung über den Palästina-Konflikt im Laufe der Zeit letztlich doch auf den Nahost-Konflikt trotz erneuter aktueller Spannungen ausgewirkt hat.

Der Nord-Irland-Konflikt ist ein zutiefst europäischer Konflikt, der allein deswegen schon alle Europäer etwas angeht. Doch die EU scheint sich dafür kaum zu interessieren und sich statt dessen mit der Formel der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten lästige Sorgen fernhalten zu wollen. Recherchiert man auf dem Server der EU nach den einschlägigen Stichworten, so finden sich nur Berichte über Subventionszahlungen – politische Aussagen zum innereuropäischen Nord-Irland-Konflikt trifft die EU dagegen offenbar keine, obwohl dies dringend geboten wäre, bevor man große Ziele wie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anstrebt.

Weitere Infos zum Irland-Engagement der JEF-Hamburg unter www.jef-hamburg.de